Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 31 (1952)
Heft: 5-6

Buchbesprechung: An Stelle von Furcht
Autor: Furrer, Paul

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE

31. Jahrgang Mai/Juni 1952 Heft 5/6

PAUL FURRER

„An Stelle von Furcht"

Bemerkungen zu einem Buch von Aneurin Bevan

Vor einem Jahr trat Aneurin Bevan aus der englischen Labourregierung zurück. Man erinnert sich der Zusammenhänge. Labour hatte sich, auf amerikanischen Druck hin, bereit gefunden, dem Unterhaus ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm vorzulegen. 4,7 Milliarden Pfund sollten für die Bewaffnung Großbritanniens innerhalb von drei Jahren aufgewendet werden. Daß dieser Beitrag an das Verteidigungsbudget des Atlantikpaktes nur auf Kosten der Lebenshaltung des arbeitenden Volkes möglich sein würde, war auch der Labourregierung bewußt. Die Annahme des Rüstungsprogramms hatte den Rücktritt Bevans und mehrerer seiner Regierungskollegen zur Folge. In seinem Buch «An Stelle von Furcht» setzt Aneurin Bevan die Gründe auseinander, die es ihm, als einem Sozialisten, verunmöglichten, die Verantwortung für die Rüstungspolitik Labours zu teilen*.

Vorweggenommen sei, daß Bevan einem gewissen Maß an Aufrüstung seine Zustimmung nicht versagen kann. Ihren vorgesehenen Umfang aber betrachtet er, erstens als nicht notwendig und zweitens als absolut unvereinbar mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten Großbritanniens wie auch der andern Atlantikpaktländer. Vorweggenommen sei ferner, daß Bevan auf Grund seiner Erfahrungen einen demokratischen Sozialismus vertritt und gerade aus seiner politischen Überzeugung heraus Mittel und Wege der Sicherung sieht, die von den Architekten des Verteidigungsplanes, amerikanischen und britischen Militärs, kaum in Erwägung gezogen werden.

Sicherheit liegt für Bevan nicht allein und nicht in erster Linie in Waffen. Sicherheit ist nicht zu erreichen, solange die heutigen krassen Unterschiede in der Lebenshaltung der Völker nicht weitgehend überwunden sind. Für dieses Ziel müssen alle Mittel, die die parlamentarische Demokratie bietet, ausgenützt werden. Diese Möglichkeiten sind, gerade in Großbritannien, nicht

* Aneurin Bevan: An Stelle von Furcht, Heinemann, London, 1952. 201 S.

gering. Nach Bevan sind sie vom klassischen Marxismus unterschätzt worden. Volles Wahlrecht für alle Männer und Frauen von über 21 Jahren besteht in England übrigens erst seit 1929, zum Unterschied vom Parlament, das seit Jahrhunderten funktioniert. Auf seine Art natürlich, als Instrument zur Erhaltung des Bestehenden, als Stoßfänger, als Ablenkung von wichtigeren Vorgängen. So ist's bei Bevan nicht gemeint. Er erhielt seine politische Schulung in den Zwischenkriegsjahren, er erlebte das Fiasko der direkten Aktion von 1926. Aber man muß schon das Elend der «depressed areas» (Gebiete chronischer Arbeitslosigkeit) gesehen und den schamlosen Zynismus der damals herrschenden Clique miterlebt haben, um Bevans Bitterkeit und Empörung zu verstehen. Jene Zustände dürfen nicht wiederkehren. Das Parlament ist das Werkzeug, dies zu verhindern. Bloße Diskussionsfreiheit genügt aber nicht. Wenn das Parlament Übelstände nicht abzuschaffen vermag, so wird seine Autorität untergraben, und es erscheint der «Führer» auf der politischen Bühne. Wenn darum das Vertrauen zur parlamentarischen Demokratie erhalten bleiben soll, «so muß die politische Freiheit mit wirtschaftlicher Macht gewappnet sein». Bevans politische Erkenntnis resümiert sich in den Worten: «Entweder nützt das Volk seine demokratischen Rechte im Kampf gegen den Besitz (das heißt gegen den privaten Besitz an den Hauptproduktionsmitteln und dem Verteidigungsapparat), oder der Besitz wird, aus Furcht vor dem Absinken in Armut, die Demokratie zerstören.» Die Autorität des Parlaments gilt es unter allen Umständen zu wahren. «Der sozialistische Politiker soll deshalb, um wirtschaftlichen Krisen zu begegnen, die Autorität des Parlaments nur einsetzen, wenn er gewillt ist, alle Möglichkeiten parlamentarischer Aktion auszunützen.» Ist ihm dies aus irgendeinem Grunde verwehrt, so soll er eher von seinem Amte zurücktreten als das Ansehen parlamentarischer Aktion aufs Spiel setzen.

Politik, nach Bevan, ist das Bestreben, in die Beziehungen der Menschen wie der Völker eine vernünftige Ordnung zu bringen. Wie die Wissenschaft Menschen früherer Jahrhunderte die Kräfte der Natur erkennen lehrte und sie in den Stand setzte, sich gegen Naturkatastrophen vorzusehen, so ist es an unserer Generation, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte, die das Leben des Menschen von heute so weitgehend bestimmen, so zu ordnen, daß aus der Dschungelexistenz, aus dem Kampf aller gegen alle, eine erträgliche Form des Zusammenlebens, vielleicht sogar harmonische Zusammenarbeit wird. Erträglich ist das Zusammenleben schon immer gewesen für jenen Typus von Menschen, die im Wirtschaftsleben, im Graben nach Kohle, der Produktion von Nahrungsmitteln oder von Stahl, dem Bau von Häusern und Fabriken wie in der Finanzierung all dieser Tätigkeiten ein legitimes Abenteuer sehen; für die große Masse aber, deren Existenz durch die Abenteurer und Wegelagerer zu einer Hölle der Ungewißheit und des Leidens gemacht worden ist, besteht kein Anlaß, für die Romantik der «freien» Wirtschaft zu schwärmen.

Daß die Anarchie und der Raubbau an Menschen und Material, den Bevan dem Kapitalismus zum Vorwurf macht, überwunden werden müssen, wenn die Menschheit leben soll, ist klar. Landwirtschaft und Industrie, Stadt und Land, sollten als gleichberechtigte Partner zusammenarbeiten können, um den sozialen Organismus zu schaffen. Beim russischen Experiment, dessen Zeugen wir seit über 30 Jahren sind, war das nicht der Fall. Bevan äußert sich darüber wie folgt: «Rußland hatte aus seinen Produktionsüberschüssen in kürzester Zeit die Kapitalgüter hervorzubringen, die zur Ausrüstung eines modernen, industrialisierten Landes gehören.» Es konnte nicht auf Hilfe vom Ausland rechnen und nahm daher zu den Methoden des Polizeistaates Zuflucht. «Die wirtschaftliche Funktion des Polizeistaates besteht darin, den Verbrauch an Konsumgütern, speziell unter der Bauernbevölkerung, einzuschränken, während ihre Produktionsüberschüsse in der Kapitalgütererzeugung investiert werden. Je kleiner die landwirtschaftlichen Produktionsüberschüsse, um so langsamer geht der Bau von Maschinen, Fabriken, Kraftwerken usw. vor sich, um so schärfer wird aber auch der Druck, der angewendet werden muß. Darin liegt die Tragödie der Sowjetunion. Sie hat, in Verfolgung ihres Produktionsprogramms, einen aufs höchste getriebenen Zentralismus entwickelt. Würde die Verantwortung stärker dezentralisiert, so müßte sich das Tempo der Kapitalgüterversorgung verlangsamen, denn je enger, auch räumlich, die Beziehung zwischen Volk und verantwortlicher Behörde, um so zugänglicher wird diese für die Klagen der Bevölkerung. Von diesem Zentralismus zur Schaffung einer riesigen Bürokratie, die der Zentrale zu dienen hat, ist ein kurzer und logischer Schritt.»

Während Bevan, wie man sieht, die russischen Zwangsmethoden verurteilt, spricht er auch den Westen nicht frei von Schuld an dieser Entwicklung. Er erinnert daran, daß 1924 eine Anleihe der ersten Labourregierung an die UdSSR durch die Konservativen verhindert wurde, obschon sie die damalige Arbeitslosigkeit in England wirksam gemildert hätte. Der gleiche Fehler wird heute gegenüber China wiederholt. Wieder will man eine Revolution, das Ergebnis verhinderter Reformen, durch Hunger auf die Knie zwingen. Wahrscheinlich mit den gleichen Folgen wie in Rußland. Bevans Kommentar lautet: «Die beste Art, auf Revolution in einem Agrarland zu reagieren, ist die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen.»

Auch die Vereinten Nationen werden, findet Bevan, ihrer Aufgabe nicht gerecht. «Kollektive Maßnahmen gegen Angriffskriege sind wohl dringend nötig . . . aber sie sind nur eine halbe Antwort. Die sozialen Revolutionen des Ostens werden die nationalen Grenzen überfluten . . ., wenn die wirtschaftliche Spannung nicht durch Hilfe aus dem Westen gelöst wird. Wenn demokratische Institutionen im Fernen Osten Fuß fassen sollen, genügt es nicht, Professoren hinzuschicken, um ihnen die Vorzüge demokratischer Einrichtungen auseinanderzusetzen. Was nötig ist, sind Hilfsmittel, die die materielle

Lage verbessern. Der Mensch muß erst existieren können, bevor er leben kann.» Eine Erinnerung an die eigene Vergangenheit, meint Bevan, könne für die Engländer nur von Nutzen sein. «Als wir (in England) auf dem wirtschaftlichen Niveau dieser Völker waren (das heißt zu Beginn der industriellen Revolution), hängten wir Kinder, trieben sie in die Bergwerke und Fabriken und organisierten Arbeitslager auf dem Lande.»

Nun sind die westlichen Länder freilich über diese Verhältnisse hinausgekommen. Ob auch in ihren Kolonien, ist eine Frage für sich. Hilfe an die unterentwickelten Völker, die in gewaltigem Maßstabe geleistet werden müßte, wenn sie von Nutzen sein soll, setzt auf alle Fälle eine Neuorientierung des Bürger-Staat-Verhältnisses in den fortgeschrittenen Nationen voraus. «Eine internationale, zweckmäßige Zusammenarbeit kann nicht getragen werden von Gesellschaftsformen, die in ihrem Wirtschaftsbereich selbst anarchisch und ziellos sind.»

Bevan ist immer überrascht, wenn er «bedeutende Wissenschaftler ihr Bedauern äußern hört, daß der Mensch sich nicht auf die moralische Höhe erheben könne, die ihm einen weisen Gebrauch der wissenschaftlichen Errungenschaften erlaube». Sein Kommentar lautet: «Wissenschaftler sind doch auch Bürger. Was für eine Art von Gesellschaft halten sie denn für erstrebenswert? Wenn persönlicher, materieller Erfolg als Haupttriebkraft anerkannt wird, so wirkt sich diese Kraft nur im Individuum aus, genügt sich selbst und gehorcht keinem moralischen Zweck.»

Dieser Trieb nach persönlichem Erfolg ist in Wirklichkeit durch unzählige Beziehungen und Bindungen freiwilliger Art so verändert, daß der Mensch, wie Bevan glaubt, heute ebensosehr zur Zusammenarbeit mit andern als zum Wettbewerb neigt. Nur das «offizielle» Denken, das diese Tatsache nicht wahrhaben will, hindert uns daran, für das Gemeinwesen das zu fordern, was wir als nötig erkannt haben: eine Rangordnung sozialer Werte. Was ist wesentlich für das Gemeinwesen, auf diesem oder jenem Gebiet? Wer soll darüber entscheiden? Wofür sollen unsere verfügbaren Produktionsmittel eingesetzt werden? Ist es vertretbar, zum Beispiel Kinos oder andere Luxusobjekte zu bauen, solange eine wichtige nationale Industrie aus Mangel an Wohnhäusern keine Arbeiter finden kann?

Als Hauptursachen der Unstabilität der kapitalistischen Gesellschaft betrachtet Bevan Arbeitslosigkeit oder Furcht vor Arbeitslosigkeit, Groll über Armut und Entbehrung, die man nicht als unabwendbar anerkennt, die Entpersönlichung des Arbeiters und natürlich Krieg.

Der Glaube, daß Armut vermeidbar und zu überwinden sei, sagt Bevan, gärt unter den Menschen seit den Zeiten der industriellen Revolution. Heute hat er auch den Orient ergriffen. Die Folgen davon werden sich in unserem Jahrhundert nicht erschöpfen. Es wird heute im Gegensatz zum Vorstehenden die Meinung vertreten, daß die rasche Zunahme der Bevölkerung in den östlichen Ländern bald nicht einmal mehr die heutige Lebenshaltung ermög-

lichen werde. Lord John Boyd-Orr, der ehemalige Direktor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO, forderte schon vor Jahren die Verdoppelung der Nahrungsmittelproduktion innerhalb von 20 Jahren, wenn nicht ein großer Teil der Weltbevölkerung dem Hungertod verfallen solle. Das hindert die westlichen Länder jedoch nicht, unermeßliche Reichtümer auf die Schaffung einer neuen Kriegsmaschinerie zu verwenden.

Was an Bevans Buch das stärkste Aufsehen erregt, ist die offene Sprache, die er gegenüber der Politik der USA führt. Er erinnert zum Beispiel daran, daß der Leih- und Pachtvertrag Großbritanniens mit den USA sich zu einer Art Arbeitsteilung zwischen den beiden Ländern entwickelt hatte, wobei Großbritannien den weitaus größeren Anteil seiner nationalen Mittel und den proportional größten Anteil aller alliierten Truppen für die Kriegführung einsetzte. Trotzdem wurde das Leih- und Pachtabkommen im Herbst 1945 plötzlich gekündigt, bevor die britische Industrie sich auch nur einigermaßen hatte umstellen können. Die amerikanische Regierung hatte offenbar gewissen unverantwortlichen «pressure-groups», die über die Interessen des amerikanischen Volkes hinweg ihren eigenen Vorteil suchten, nachgegeben. Bevans Kommentar lautet: «Wenn das Schicksal der USA durch solche Einflüsse bestimmt wird, so dürften die wirtschaftlichen Triumphe der Nation dem amerikanischen Volke nicht viel nützen.» Bevan glaubt nicht, wie er sich andernorts ausdrückt, daß die amerikanische Nation über die Erfahrung, den Scharfsinn und die Selbstbeherrschung verfügt, welche für eine führende Stellung in der Welt heute notwendig sind.

Was Bevan an der USA-Politik am wenigsten verstehen kann, ist die panikartige Reaktion auf die Drohung des Kommunismus, die im Herbst 1950 eintrat. Er macht sich für seine Person wie für sein Land anheischig, für freie staatliche Einrichtungen mindestens ebenso energisch einzutreten wie die Amerikaner. Dasselbe gilt für die europäischen Völker, die die ersten Opfer eines russischen Angriffs wären.

«Glaubt die amerikanische Regierung, sie verstehe die Drohung des Kommunismus besser als wir? Unsere Auffassung ist, daß sie weniger davon versteht und deshalb der Gefahr des Kommunismus ebenso viel Vorschub leistet, als sie sie bekämpft. Die Waffen der Sowjets sind in erster Linie wirtschaftlicher, sozialer und ideologischer und erst in zweiter Linie militärischer Art. Wenn sie sich vor allem auf militärische Unternehmungen einstellten, warum haben sie sie nicht schon begonnen? Die Westmächte haben den Sowjets ihre gegenwärtige Schwäche enthüllt und auf ihre zukünftige militärische Macht hingewiesen. Einflußreiche Publizisten in den USA erklären offen, sie seien überzeugt, eine ‚Abrechnung' sei unvermeidlich. Die Wiederaufrüstung der Westmächte steckt noch in ihren Anfängen. Warum hat Rußland unter diesen Umständen nicht schon zugeschlagen? Warum sollte es auf ungünstigere Kampfbedingungen warten?»

Bevan glaubt zu wissen, warum sich die Berater der amerikanischen Re-

gierung und die englischen Konservativen solche Fragen nicht stellen. Der Grund dürfte sein, meint er, daß es ihnen weniger Schwierigkeiten bereitet, eine militärische Antwort auszuarbeiten als eine soziale und wirtschaftliche. Eine wirkungsvolle Entgegnung auf die Drohung des Kommunismus setzt für jedes Land eine erneute Prüfung seiner Haltung gegenüber den sozialen Problemen der eigenen Nation voraus. Sie mag weniger dringend sein in Amerika oder in Großbritannien, aber sie trifft schon eher zu für Frankreich und Italien und sicher für jene Gebiete der Welt, wo Hunger mit dem Feudalismus in offenem Kampf steht. *Die wertvollsten Bundesgenossen der Sowjets sind jene Elemente einer Nation, die gegen soziale Reformen ankämpfen und eher einen Bürgerkrieg riskieren, als einen ansehnlichen Teil ihres Reichtums und ihrer Privilegien preiszugeben.*

In den ersten Jahren einer Labourregierung brauchte England den Kommunismus nicht zu fürchten, er war in der Tat seit 1914 noch nie so schwach gewesen. Die Labour Party zeigte, wie man den Kommunismus am Vordringen zu hindern vermag, indem sie mit Hilfe ihrer demokratischen Einrichtungen die Probleme der Nachkriegswelt zu lösen suchte. Sie hatte auf diesem Weg schon schöne Resultate erzielt, als der Koreakonflikt ausbrach, der mit seinen wirtschaftlichen Folgen ihre Aufbauarbeit lahmlegte.

Bevan rechnet der amerikanischen Regierung als schwerwiegenden Fehler an, daß sie 1950 ihre Außenpolitik sozusagen in die Hände der militärischen Führer legte. «Niemand ist weniger geeignet, die wirtschaftlichen Folgen ihrer übertriebenen Forderungen abzuwägen, als militärische Fachleute. Ihr Aufrüstungsprogramm hat die westliche Welt seither in einen Wirbel wirtschaftlicher und sozialer Schwierigkeiten hineingerissen. Es hieß, der Westen müsse mit den Russen ‚aus einer Machtposition verhandeln' (talk to Russia out of strength),» und als Zeitpunkt, an dem dies möglich sei, wurde 1953 angegeben. «Soll das heißen», fragt Bevan, «daß man dannzumal ein Ultimatum überreichen wird? Das wäre das Rezept für Rassenselbstmord.» Die aus dem Rüstungswettlauf sich ergebenden Spannungen in den westlichen Ländern sind aber an sich schon schlimm genug. Sie sind, nach Bevan, gerade das Element, auf dem Rußlands Stärke beruht. Die Sowjetunion weiß, daß sie aus einem militärischen Konflikt mit dem Westen niemals siegreich hervorgehen könnte. Das Rüstungspotential der Sowjetunion hält Bevan für zu gering (30 Millionen Tonnen Stahlproduktion gegen 180 Millionen) selbst für einen Blitzkrieg, ganz abgesehen von einem Abnützungskrieg.

Die Antwort auf eine Einmischung Rußlands in Gebiete jenseits seiner Grenzen oder auf die Möglichkeit einer solchen Einmischung, liegt nicht in regionalen Militärbündnissen, die als Instrumente des westlichen Mächteblocks oder als Unterdrücker betrachtet werden. Der Nachdruck muß auf der Politik der Vereinten Nationen und ihrer Organisationen liegen. Der Grundsatz muß heißen: Hilfe und Förderung der Selbsthilfe für die unterentwickelten Länder. Soziale Hebung, nicht Bombenflugzeuge und Geschütze. Es ist

falsch, die Beziehungen mit diesen Gebieten nur als Aspekt des Kalten Krieges zu sehen. Wenn die Sowjetunion nicht existierte, so bestünde das Problem ihrer Hebung immer noch. Der Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen kulturellem und materiellem Niveau in Stadt und Land hat erst in wenigen Ländern der Welt seinen Anfang genommen. In Indien, Pakistan, Burma, Siam, China, im Mittleren Osten, in großen Teilen Afrikas, Ägypten eingeschlossen, ist noch alles zu leisten. Der heutige Verkehr hat diese Völker zu unsern Nachbarn gemacht. Unsere Produktion ist mit der ihren aufs engste verflochten und auf sie angewiesen. Unter dem kapitalistischen System beschränken sich unsere Beziehungen zu ihnen darauf, aus ihren Gebieten herauszuholen, was zu holen ist. In Kriegszeiten wuchs sich diese Ausbeutung (gegen Bezahlung natürlich) zu einem regelrechten Raubbau aus, wurden doch in den letzten 50 Jahren mehr Mineralien abgebaut als vorher in Jahrhunderten zusammengenommen. Das reiche Amerika führt heute über 90 seiner kriegswichtigen Rohmaterialien ein und «wird dadurch abhängig von den politischen Entwicklungen» in einigen dieser zurückgebliebenen Länder (New York Times, 12. November 1951). Eine dieser «Entwicklungen», kommentiert Bevan, ist der Protest der Massen gegen unmenschliche soziale Zustände und die Auspowerung ihres Landes zugunsten reicher Nationen.

Vereinzelte Völker haben ihr koloniales Joch abgeworfen. Revolutionen gehen heute in Gebieten vor sich, die Tausende von Jahren zu schlafen schienen. Die Aufgabe des Westens ist es, wirtschaftlichen Druck zu mindern und politische Spannungen zu lösen. Dazu gehört, daß wir diese Unabhängigkeitsbewegungen anerkennen und sie in den Rahmen internationaler Zusammenarbeit einbeziehen. Von diesem Standpunkt aus gesehen, ist die Nichtaufnahme Rotchinas in die Vereinten Nationen töricht und unrealistisch. Noch schlimmer ist die diplomatische Anerkennung und Förderung Chiang Kai-Sheks, durch die der chinesische Bürgerkrieg von neuem entfacht werden soll. Wenn die Autorität der UNO in Korea feststeht, muß Formosa an China zurückgegeben werden. Es ist dies eine wesentliche Bedingung zur Befriedung des Fernen Ostens. Und der Friedensvertrag mit Japan, ohne die Unterschrift der wirklichen Regierung Chinas? Bevan nennt es «an extraordinarily flat-footed piece of diplomacy», was man, etwas frei durch «ausgesucht plumpe, hanebüchene Diplomatie» wiedergeben könnte.

Angesichts der immer noch steigenden Spannung von allgemeiner Abrüstung zu reden, findet Bevan, wäre eitles Bemühen. Abrüstung muß aus der Überzeugung herauswachsen, daß Zusammenarbeit in wichtigen Aufgaben möglich ist, und daß aus dieser Zusammenarbeit heraus eine Befriedung resultieren wird. Inzwischen müssen mindestens wichtige Ursachen der Spannung, wie zum Beispiel die Bewaffnung Westdeutschlands, vermieden werden. Was aber immer unternommen wird, muß von gewaltigem Idealismus getragen werden, wenn wir über die Furcht und die beschränkten Ziele

hinauskommen wollen, in die sich die internationalen Beziehungen heute verbissen haben. Das Instrument für die Aufgabe ist die Generalversammlung der UNO. Kann das Wettrüsten aufgehalten werden oder folgt die Katastrophe zwangsläufig? Bevan bemerkt dazu: Wenn die USA weiterhin die größte Bedrohung des Friedens in Rußland sehen, so wird das Verlangen nach militärischer Entscheidung sich verstärken und über ultimative Forderungen zum Krieg führen. Furcht vor einer Depression wird diesen Druck nach militärischer Entscheidung verstärken. Kein Geringerer als James Warburg weist in seinem Buch «*Sieg ohne Krieg*» darauf hin, daß das nordamerikanische politische System noch nicht den Punkt erreicht hat, an dem es seine wirtschaftlichen Überschüsse auch in der eigenen Wirtschaft verdauen kann. 6 bis 7 Milliarden Dollar «hot money» müssen der Zirkulation entzogen werden, wenn die amerikanische Wirtschaft nicht ins Chaos versinken soll. Heute geht dieses «hot money» in der Rüstung auf. Ohne Aufrüstung müßten Importe und Exporte erhöht werden. Importe können im besten Falle um 2 Milliarden Dollar hinaufgetrieben werden. So bleibt nur ein Ausweg: Investierung der restlichen 4 bis 5 Milliarden im Ausland, sobald die militärischen Ausgaben reduziert werden. Warburg verlangt darum die Investierung dieser Gelder, zunächst durch die USA-Regierung, sobald jener Zeitpunkt erreicht ist.

Bevan schlägt nun vor, daß noch bevor die Rüstungsproduktion ihren Höhepunkt erreicht, internationale Besprechungen stattfinden sollten zur Ausarbeitung eines Planes für gegenseitige Hilfe. Er wäre zu finanzieren durch Abzweigung eines bedeutenden Prozentsatzes von Rüstungsgeldern für diese Aufgabe. Die Rüstungsindustrie erhielte dadurch einen gewissen Schutz gegen plötzliche Deflation. Auch die Sowjetunion würde eingeladen, ihren Beitrag zu leisten. Sie könnte aus der Mitarbeit der Westmächte schließen, daß kein Angriff gegen sie vorbereitet wird.

Bevan erinnert daran, daß in den Verhandlungen zwischen Großbritannien und Indien die Festsetzung eines Datums für die Befreiung Indiens die Atmosphäre von einem Tag auf den andern verwandelte und die Verhandlungen rasch zu einem glücklichen Ende führen ließ.

Eine Vorbereitung ähnlicher Art für seinen Friedensplan, mit Festsetzung eines Datums für den Beginn der Friedenszahlungen hält Bevan für nötig. Sein Vorschlag enthält, wie er sagt, keine Schwierigkeiten, die größer wären als die Pläne, die gegenwärtig das Interesse der Staatsmänner beherrschen. Das Maß unserer Entfernung von der Katastrophe ließe sich fortlaufend feststellen an der Menge der Hilfsmittel, die von der Kriegsvorbereitung auf friedliche Entwicklung übergeleitet würden.

Das Wesentliche an seinem Plan ist, daß der öffentlichen Meinung ein aufbauendes Ziel gesetzt wird, statt der melancholischen Betrachtung eines hoffnungslosen Abgleitens in den Abgrund des Krieges. An Stelle von Furcht gesunder Menschenverstand und konstruktive Friedenssicherung.